

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1991)

Heft: 2: 700 Jahre Schweiz : 100000 Jahre Atommüll

Artikel: Atommüll : von der Sorge um die Nachsorge des Energiefriedens

Autor: Flüeler, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586364>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atommüll – von der Sorge um die Nachsorge des Energiefriedens

Landauf, landab ist viel von «Energiefrieden» die Rede. Auch die SES beteiligt sich an seinem Aufbau. Doch hat er nicht nur zukunftsgerichtete Themen wie Solarpanels, drehzahlregulierte Motoren oder Tarif-Blockzeiten zum Thema, sondern auch das «Back end» des radioaktiven Stoffflusses, die radioaktiven Abfälle. Und hier entscheidet sich wohl, ob «Energiefrieden» mehr heisst als die Abwesenheit von (politischem Graben-)Krieg.

Thomas Flüeler, ehemaliger SES-Geschäftsführer und jetzt freier Umweltberater, beleuchtet die politischen Dimensionen des Atommülls.

Auch im Falle eines Ausstiegs aus der Atomenergie muss der radioaktive Abfall irgendwie, irgendwo gelagert werden. Zwar wurden die wenigsten von uns dazu befragt, doch wird sich niemand ernsthaft gegen ein seriöses Anpacken der Frage sträuben.

Blick zurück: «Gewähr» war nicht gegeben

Die Art und Weise hingegen, wie die Nagra, die «Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle», seit 19 Jahren daran herumkonzipiert und -bohrt, ist absolut unverständlich. Den von ihr 1976 selber gesetzten Termin, bis 1985 «Gewähr» für die «dauernde und sichere Entsorgung und Endlagerung» des Mülls zu bieten, hat sie bei weitem nicht einhalten können.

Heute, 1991, ist man (fast) so klug als wie zuvor, hat aber 400 Millionen Franken verlocht. Dabei versprach der Bundesrat im Hinblick auf die Atominitiative von 1979, den

laufenden AKW die Betriebsbewilligungen zu entziehen, falls bis 1985 kein Standort gefunden sei. Gefunden ist also noch nichts, aber laut Bundesrat und Elektrizitätswirtschaft ist die Atommüllfrage «technisch gelöst», die «Gewähr» – auch für hochaktive Abfälle – aufgrund einer einzigen Bohrung, in Böttstein an der Aare, gegenüber von Beznau, für das Kristallin-Gestein gegeben – und die AKW laufen auf unbestimmte Zeit weiter.

Jetzt soll auch im Sedimentgestein gesucht werden, an sich eine Forderung, die kritische WissenschaftlerInnen seit Jahren stellen (siehe dazu die Veröffentlichungen der SES, Kasten Seite 8). Denn der Bundesrat hat im Juni 1988 nicht nur die totale «Gewähr» für die «schwach-» und «mittelaktiven» Abfälle als erbracht erachtet, sondern in einem Salto mortale den «Sicherheits-» von einem «Standortnachweis» für die hochaktiven Sorten getrennt: den «Sicherheitsnachweis» als gegeben akzeptiert, «Standortnachweis» jedoch als «noch nicht gegeben» nicht akzeptiert. Es wurde eingesehen, dass zu einer «Gewähr» doch auch noch ein Gewährsort gehört.

Den Sicherheitsnachweis fand man im Kristallin der Nordschweiz, der Standortnachweis soll nun in Sedimentgesteinen gefunden werden. Ziel ist es, bis zum Jahr 2000 «einen genügend ausgedehnten Gesteinskörper mit geeigneten Eigenschaften zu finden».

Wir wollen nicht rechnen – die Argumente sind schon oft dargelegt worden (u.a. im «Mythos 'Gewähr'» von Marcos Buser oder in E+U 3/87), zu einem guten Teil übrigens in Übereinstimmung mit den Bundesgeologen (man denke nur an den kritischen Technischen Bericht der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK zum Projekt «Gewähr»). Doch man scheint die gleichen Fehler wie im Kristallin machen zu wollen.

Aus den Fehlern lernen

Im Oktober 1988 hat die Nagra in ihrem Sedimentbericht acht geologisch mögliche Standortregionen im Mittelland und im Jura identifiziert: in der untere Süßwassermolasse von Yverdon bis an den Bodensee und Opalinuston von Solothurn nach Schaffhausen (sie-

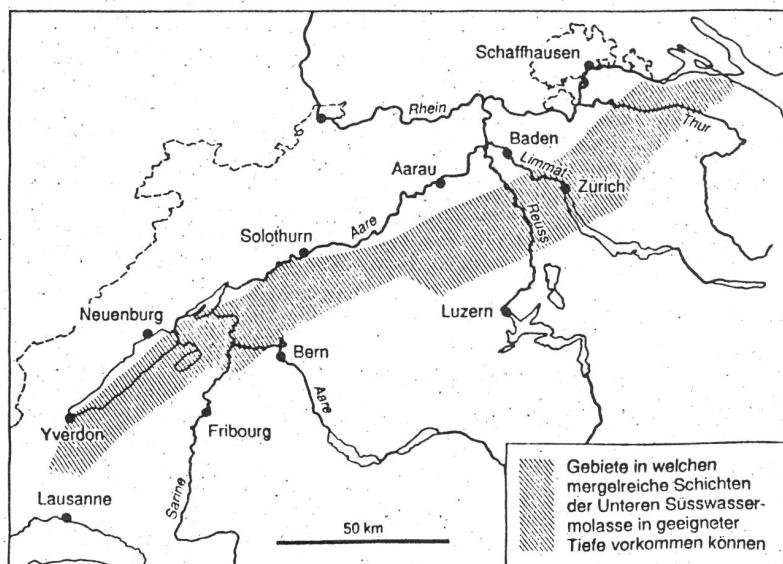


Abbildung 1. Das Sedimentprogramm der Nagra für ein Lager für hochradioaktive Abfälle: Die Süßwassermolasse soll erst in zweiter Linie untersucht werden. Quelle: Nagra 1991

he Abbildungen). Anstatt nun alle Gebiete auf breiter Front zu erforschen, versteift man sich vorerst – trotz Warnungen der begleitenden «Kommission für die nukleare Entsorgung» KNE des Bundes – erneut auf zwei Regionen: auf Baden – Zurzach – Schaffhausen und Baden – Aarau – Oberaargau (Opalinuston, «Gebiet 1. Priorität» bzw. «2. Priorität» in Abbildung 2).

Was steht hier im Vordergrund: geologische Härte oder politische Nachgiebigkeit? Und weshalb wieder dieser Zeitdruck? Ab 1993 will man bohren, 1996 soll der Lagerstandort für hochaktiven Müll feststehen. Der Misserfolg scheint wieder vorprogrammiert zu sein.

Oder geht es nur darum, parallel zu den Bohrungen für ein Lager für «schwach-» und «mittelaktive» Abfälle auch den Schein wahrnehmende Aktivitäten im hochaktiven Bereich zu entwickeln? Weil es ja seltsam aussähe, wenn man gleichzeitig zu den Bohrungen im Bois de la Glaive/Ollon VD, im Wellenberg/Wolfenschiessen NW, im Oberbauenstock/Bauen UR und im Piz Pian Grand/Mesocco und Rossa GR den hochaktiven Abfall im Ausland deponieren möchte? Der neue Passus im Strahlenschutzgesetz, wonach die Lagerung von Atommüll im Inland zu erfolgen habe, kann nicht der Grund sein, da dieses Gesetz erst 1990/1991 verabschiedet wurde.

Kritik ist nicht nur NEIN!

Wie gesagt: Es geht nicht um die Ablehnung von Untersuchungen. Auch wenn die Nagra perfiderweise die Verantwortung für ihr bisheriges Fiasko der betroffenen Bevölkerung mit deren «St. Florians-Haltung» zuschiebt. Doch angesichts der geologischen Unsicherheiten an allen bisherigen Bohrstandorten – von den Bundesgeologen bestens dokumentiert – muss man im Gegenteil der lokalen Bevölkerung in Nidwalden, Uri, Graubünden/Tessin und in der Waadt dankbar sein, dass sie so widerspenstig ist. Sonst wäre nämlich ein völlig ungenügendes Endlager für «mittel-» und «schwachaktiven» Müll bereits in Betrieb.

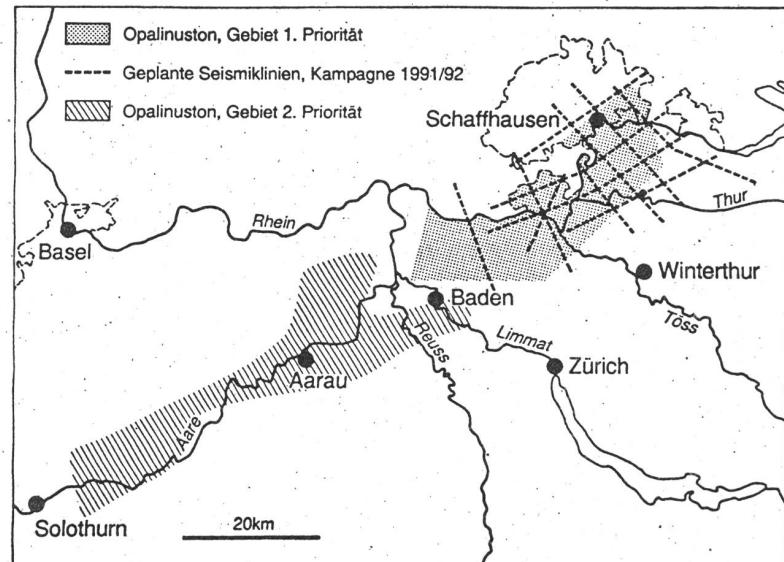


Abbildung 2. Vorrang dagegen soll der Opalinuston zwischen Baden und Schaffhausen haben (mit Seismikmessungen ab Herbst 1991). Infrage kommt aber auch der Opalinuston im Aaretal. Quelle: Nagra 1991

Es geht auch nicht darum, Kritik um der Kritik willen zu äußern, weil die Nagra einfach kritisiert werden muss. Es geht darum, nach all der Hektik (aus fachlicher Sicht war der «Gewähr»-Termin 1985 illusorisch) und all den Schwarzpeter-Spielen, wer jetzt wohl was wieder «politisch» verzögert habe, einen Marschhalt oder ganz einfach eine Pause einzulegen. Eine Pause, um ohne Sachzwang eine Zwischenbilanz des Problems der radioaktiven Abfälle zu formulieren. Das Problem der Jahrtausende strahlenden Abfälle, die wir so oder so unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen werden, ist zu ernst, als dass wir weiter in den Gräben verharren dürfen. Auf Anregung der SES laufen Gespräche mit dem Bund, erstmals in der Schweiz einen Versuch einer breiten Auslegeordnung zu unternehmen. Und dies im Rahmen des Aktionsprogramms Energie 2000.

Die Tragweite des Problems verlangt Offenheit

Dabei geht es nicht um eine Verwischung von gegensätzlichen Positionen, sondern darum, Gemeinsamkeiten und Differenzen herauszuschälen, diese zu bewerten und – allenfalls – Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ebenso entscheidend ist die Schaffung eines

verbesserten Klimas unter den politischen Meinungsgruppen. Die «Beiträge» eines Ulrich Fischer, ehemals Kernkraftwerk Kaiserstuhl AG, und eines Peter Sager, ehemals Schweiz-Ost-Institut, dagegen fördern den Energiefrieden nicht, wenn «eine einvernehmliche Lösung der nuklearen Entsorgungsfrage» (Fischer) mit einer «Vereinfachung und Beschleunigung» des Bewilligungsverfahrens, sprich: mit Demokratieabbau und Bundesdiktat, einher gehen soll.

Auch Bundesrat Ogi war nicht unbedingt bestens beraten, als er in der vergangenen Märzsession das beschleunigte Bewilligungsverfahren für die Bahn 2000 als «Testfall» für die Atomlager einstuft. Ebenso ist der bundesrätliche Enteignungsentscheid in Sachen Ollon vom 22. Mai nicht unter die vertrauensbildenden Massnahmen einzureihen – gerade in der jetzigen Phase des gegenseitigen Abtastens.

Politischer, aber auch technischer und geologischer Widerstand lässt sich nicht durch Beschleunigung aus der Welt schaffen, sondern höchstens durch präzise breite Abklärungen (im Falle der Geologie) und tolerante und partnerschaftliche Offenheit (in der politischen Diskussion). Andernfalls wird die Nagra auch im Sediment oder in anderen Gesteinen auf Granit beissen.